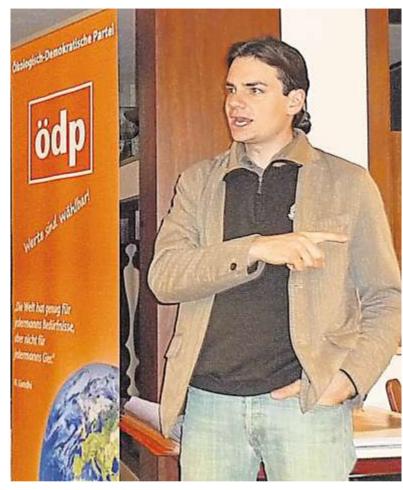
ÖDP fordert ein klares Nein zum Freihandelsabkommen

WAHLEN Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger fordert mehr Demokratie und weniger Bürokratie und Lobbyismus für das Europäische Parlament.

SCHWANDORF. Zum Auftakt des Europa-Wahlkampfes kam Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger zur Schwandorfer ÖDP ins Gasthaus Ziegelhütte. Frankenberger legte dabei ein grundsätzliches Bekenntnis zur Europäischen Union ab. Die ÖDP wolle aber die Befugnisse des Europäischen Parlaments stärken. So soll es das Recht erhalten, eigene Gesetze einzubringen. Grundsätzlich soll aber das Subsidiaritätsprinzip in der EU gelten: Was auf den kommunalen, Landesoder Bundesebenen entschieden werden könne, müsse auch hier beschlossen werden.

Den Einfluss der Lobby-Gruppen, "die demokratisches Handeln der Abgeordneten untergraben", will Frankenberger zurückdrängen. Deshalb warne die ÖDP vor den großen Gefah-Freihandelsabkommens "TTIP" mit den USA. "Es ist ein Skandal, dass das Europaparlament still und heimlich die Zuständigkeiten bei einem Schiedsgerichtsverfahren im Rahmen des Freihandelsabkommens TTIP abgesegnet hat", sagte Frankenberger zum jüngsten Beschluss der europäischen Abgeordneten. Der Beschluss, der mit Hilfe der Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten auf den Weg gebracht wurde, regelt unter anderem, dass die EU-Kommission die Möglichkeit hat, Mitgliedstaaten unter bestimmten Umständen anzuweisen, einen Vergleich nach einem Schiedsgerichtsverfahren zu akzeptieren. In einem solchen Verfahren könne festgelegt werden, dass Staaten für den "entgangenen erwarteten Gewinn" von Firmen zahlen müssen, wenn Staaten neue Umwelt- oder Sozialgesetze erlassen. Wieder einmal stellte sich die EU-Kommission auf die Seite der Wirtschaft, kommentierte Frankenberger.



Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger eröffnete den Europawahlkampf in der Ziegelhütte.

NEUERUNGEN BEI DER WAHL

- > Termin: Am 25. Mai finden in Deutschland die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Am 14. Juni 2013 beschloss der Rat der EU, die Wahlen von 22. bis 25. Mai 2014 abzuhalten. Die Europawahl 2014 wird die achte sein, bei der das Europäische Parlament direkt gewählt wird.
- > Neuerung: Da es diesmal keine prozentuale Sperrklausel mehr gibt, zählt jede Stimme. Es handelt sich um die erste Europawahl nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, sodass erstmals die darin vorgesehene Neuverteilung der Sitzzahl pro Land gelten wird. Auf Deutschland entfallen gemäß der Verteilung 96 der 751 Sitze.

MZ-SPEZIAL





400 Millionen Bürger der Europäischen Union sind am 25. Mai zur Wahl des Europaparlaments aufgerufen. Aktuelle Nachrichten und Hintergründe aus Ostbayern und ganz Europa finden Sie im MZ-Spezial:

> mittelbayerische.de/europawahl